

Kriegstagung des Reichstages.

Die Kohlenfrage.

Budapest, 10. Februar.

Ein motivierter Antrag des Abgeordneten Béla Kelen, der zur Verbesserung der Lebenslage unserer Beamten deren Versorgung mit Lebensmitteln anregte, brachte heute im Abgeordnetenhaus eine Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Tisza, die dem Problem nähertrat und neue, erprobte Anregungen enthielt.

Die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Anwendung der Ausnahmeverordnungen wurde heute mit einer Rede des Grafen Theodor Batthyány, der auch unsere zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich und Deutschland erörterte, sowie die Polenfrage besprach, fortgeführt. Es folgte eine oppositionelle Rede Stefan Szabó's. Mit Spannung erwartete man nunmehr die folgenden Ausführungen des Grafen Béla Serényi. Sie haben die Erwartungen nicht erfüllt. Graf Serényi gehört nicht zu jenen Politikern, die die Parteigrenzen überschreitend, von allen Parteien Programmwerte nehmen und zu einer über den Parteien stehenden Auffassung verdichten. Seine Parteilosigkeit offenbarte sich heute gewissermaßen als eine Einbuße, die er an politischem Gut erlitten hat, denn von den Gütern aller Parteien enthielt seine Rede kaum etwas. Sie war kühl, vorsichtig und zurückhaltend, freilich auch nicht mehr. So enttäuschte sie denn durch ihren sehr bescheidenen Gehalt auf allen Seiten des Hauses.

Das Interesse aber konzentrierte sich auf die dringlichen Interpellationen der Abgeordneten Graf Michael Áróh und Alexander Pető, die beide die Kohlenfrage erörterten, die Erscheinungen dieser leidigen Plage schilderten und in Anfragen von der Regierung Abhilfe forderten. Namentlich die Interpellation des Abgeordneten Pető wirkte durch ihre von politischen Anlässen nahezu unberührte, sachliche Argumentation sehr eindringlich. Dieser Interpellant betonte, daß die Hauptstadt Budapest wie zum Beispiel die glücklichere Stadt Wien, daß unsere Beschaffungen durch die deutschen Behörden auch richtig effektiv und abtransportiert worden seien, daß aber die l. u. f. Zentraltransportleitung und die österreichischen Behörden auf österreichischem Gebiet die notwendige Weiterbeförderung unseres Kohlenmaterials nicht entsprechend besorgt, vielfach gehemmt hätten.

Handelsminister Baron Johann Sarkány hat in der Antwort, die er auf diese Interpellationen erteilte, darauf hingewiesen, daß wir infolge der Steigerung der Kriegsinflation und der Stilllegung einiger unserer großen Gruben in erhöhtem Maße auf den Import angewiesen sind. Wenn die Angaben des Abgeordneten Pető den Tatsachen entsprechen, so ist die Kohlenversorgung Ungarns keine Unmöglichkeit, sondern abhängig von den bezeichneten Transportverhältnissen. Man wird also erwarten müssen, daß die österreichischen und die gemeinsamen Behörden der Hoffnung, der heute Baron Sarkány Ausdruck gab, endlich entsprechen und ihre unauflösbare Pflicht endlich auch erfüllen werden.

Das Haus wird erst am Montag der nächstfolgenden Woche, also am 19. Februar, wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnete die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Paul Szász, Emerich Szepesházy, Joltán Veres.

Auf den Ministerpräsidenten: Graf Tisza, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Sarkány, Jankovich, Hudeghy.

Präsident teilt mit, daß Graf Michael Áróh an den Ministerpräsidenten, Abgeordneter Alexander Pető an den Handelsminister dringende Interpellationen wegen des Kohlenmangels angemeldet haben.

Das Haus erteilt die Bewilligung zu diesen Interpellationen, die es um 8 Uhr entgegenzunehmen wird.

Folgt die Tagesordnung.

Abgeordneter Béla Kelen

verweist darauf, daß die Forderung die Lage der Beamten geradezu unerträglich gestaltet habe. Die wichtigsten Lebensmittel, Kleidungsartikel, Beleuchtungsmaterialien u. v. a. sind mit 300—400 Prozent im Preise gestiegen. Dieser Steigerung gegenüber sind die Kriegszulagen von 25—35 Prozent absolut ungenügend. Und diese Beamten haben oft wichtige verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen, so daß sie mit Recht darauf Anspruch erheben dürften, wenigstens ihre materiellen

Unabhängigkeit gesichert zu sehen. Im Kriege sind die Reichen noch reicher geworden, die Armen aber — und zu ihnen zählen auch die Beamten — sind noch mehr verarmt. Die Forderung der sozialen Lage der mit fixem Gehalt dotierten Beamten muß verbessert werden, und es darf nicht gestattet sein, daß der Staat seine Beamten als Arbeitgeber ausbeute. Die Beamten müssen im Kriege ihre Arbeitskraft und ihre Fähigkeiten aufs äußerste anspannen, sie tragen zu großem Teile die Lasten des Krieges hinter der Front, stehen im Dienste der wichtigsten Landesinteressen und deshalb ist es auch die Pflicht des Staates, durch Regelung der Gehälter, Zulagen, Abkürzungen zu helfen, hauptsächlich aber so, daß die verschiedenen Bedürfnisse in Naturalien befriedigt werden. Die landwirtschaftlichen Arbeiter fühlen die Forderung schon aus dem Grunde nicht in solch drückendem Maße, weil sie einen überwiegenden Teil ihrer Entlohnung in Naturalien erhalten. Dies könnte auch bei den Beamten geschehen. Redner unterbreitet deshalb folgenden Antrag:

Das Abgeordnetenhaus möge im Interesse der endgültigen Regelung der Gehälter der Staats- und Ministerialbeamten und Angestellten als Grundlage der Verhandlung einen Entwurf annehmen, nach dem die Gehälter der Beamten und Angestellten derart festgestellt werden, daß sie ihr Stimmgehalt nach den bisherigen Gehaltsklassen in barem erhalten. An die Stelle der Kriegszulagen, Familienzulagen und anderer Teuerungszulagen aber soll ihnen ohne Rücksicht auf die Gehaltsklassen nach der Anzahl der Familienmitglieder in entsprechenden Mengen Lebensmittel (Weizen, Fleisch, Fett, Eier, Milch, Kartoffeln, Gemüse, Grünzeug, Obst, Zucker, Rasse), Bekleidungsmittel (Stoff, Weinwand, Leder, Sohle) und Brennmaterial (Kohle und Holz) in natura zugewiesen werden. Die Wohnungszulage soll auch weiter nach den bisherigen Vorschriften geregelt werden. Das Abgeordnetenhaus möge einen fünfzehnjährigen Ausschuß entsenden, der nach Beschaffung der diesbezüglichen persönlichen und sachlichen Daten und nach Befragen der interessierten Beamten, sowie der landwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Industrievertretungen sein Gutachten über diesen Entwurf innerhalb drei Monaten dem Abgeordnetenhaus unterbreiten soll. (Lebhafter Beifall und Applaus links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Der Vorwurf des Abgeordneten Kelen, die Regierung stehe der schwierigen materiellen Lage der Beamten gleichgültig gegenüber, sei ganz unverständlich. Die zunehmende Teuerung vor dem Kriege hat bereits die frühere Regierung dazu bestimmt, allen Beamten die Familienzulagen zu gewähren und damit ist auf Vorschlag des Finanzministers ein ganz neuer Gedanke zur Wirklichkeit geworden. Redner konnte seit Kriegsausbruch auf eine Reihe von Verfügungen hinweisen, die die Regierung im Interesse der Beamten getroffen hat, geleitet von dem sozialen Gefühl, das die großen Leiden, die die Teuerung verursacht, einigermaßen zu mildern sucht. Diese Leiden einfach aus der Welt zu schaffen ist ja unmöglich, und die Staatsbeamten müssen sie ebenso wie die ganze ungarische Gesellschaft überwinden helfen. Die große Last dieser Leiden trifft freilich jene Schichten der Gesellschaft, die fixe Bezüge haben, unter ihnen auch die Staatsbeamten. Der Gedanke, den Abgeordneter Kelen betont, ist eigentlich sehr gesund, allein die Form, die er wählt, dürfte nicht zweckmäßig sein, es wäre heute kaum möglich, über ein solches, einen Teil der Beamtengehälter in Naturalien, in der Form von Lebensmitteln zu befehlen. Man wird sich vielleicht jener Epoche erinnern, da große Bewegungen von denjenigen eingeleitet wurden, die außer Vorgeb, auch Naturalien als Gehalt erhielten. Man forderte die Ablösung in Gelde, was auf vielen Gebieten auch gewährt wurde. Heute freilich verhält sich die Sache anders. Die Beamten, die auch Naturalien erhielten, bekamen, daß ihre Naturalbezüge durch Geld abgelöst wurden. Es ist heute unmöglich vom System der Geldbezahlung auf das der Naturalbezüge überzugehen. Es wäre überaus schwierig, diese Frage angesichts der grundverschiedenen Familienverhältnisse und Ansprüche der Beamten und der mannigfaltigen Bedürfnisse des Alltags zu lösen. Redner vertritt sich keineswegs der Aufgabe, den Beamten Hilfreich beizustehen, auch im Wege gewisser Opfer. Die Form, in der er das für möglich hält, wäre die Organisation, die das Ackerbauministerium für seine eigenen Beamten geschaffen hat, in die auch der kleine Status der Beamten des Ministerpräsidenten einbezogen wurde. Diese Organisation hat sich sehr gut bewährt. Indem er bereitwillig seine Mittel zur Schaffung einer solchen Organisation in Aussicht stellt, bittet der Ministerpräsident, von der Annahme des Antrages Kelen aus Gründen der Zweckmäßigkeit absehen zu wollen und diesen Antrag nicht auf die Tagesordnung zu stellen. (Zustimmung.)

Das Haus beschließt, den Antrag Kelen nicht zu verhandeln.

Folgt die Debatte über den Regierungsbericht.

Abgeordneter Graf Theodor Batthyány

hemängelt die Tatsache, daß die Delegationen nicht tagen. Wenn die Beratung der Delegationen unmöglich ist, so mögen die gemeinsamen Minister sich hier im Hause verantworten. Es geht nicht an, daß das Parlament nicht über das Budget entscheiden kann. Die Regierung möge entweder ein Budget unterbreiten oder den Indemnitätsentwurf in der Weise abändern, daß er im Hause gründlich verhandelt werden könne. Er nimmt dann gegen die Achtundsechzigsten Stellung, die die physischen und geistigen Kräfte der Abgeordneten aufs äußerste anspannen; er empfiehlt die Mehrheit zu den vier- bis dreieinhalbständigen Sitzungen. In dringenden Fällen könnte die Dauer der Sitzung verlängert werden.

Redner gibt seinem aufrichtigen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Friedensaktion des Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson nicht gelungen ist. Die Votschaft Wilsons an den Senat enthielt Richtlinien für einen dauernden Frieden, die man würdigen muß. Durch die jüngsten Ereignisse ist der Frieden bedauerlicherweise wieder hinausgeschoben. Immerhin möchte Redner schon jetzt die Frage aufwerfen, wie Ungarn bei den Friedensverhandlungen vertreten sein wird. Wer wird die wahren Interessen der ungarischen Nation bei den Friedensverhandlungen vertreten? Redner kann der Zukunft nicht mit Vertrauen entgegensehen, wenn der Ministerpräsident dieser Vertreter sein sollte. Während des Krieges hat eine Parteiregierung die Angelegenheiten Ungarns geleitet, eine Regierung, die sich das Mißtrauen der gesamten Opposition erworben hat. Dieser Regierung gegenüber muß die Opposition sich das Recht der nachträglichen Kritik auch betreffend die auswärtige Politik vorbehalten.

Redner erörtert hierauf wirtschaftliche Fragen und nimmt dabei gegen den Plan einer wirtschaftlichen Verschmelzung der Monarchie mit Deutschland Stellung. Die Verschmelzung ist

undurchführbar. Die Schaffung eines solchen wirtschaftlichen Blochs während des Krieges wäre auch eines der bedeutsamsten Hindernisse des Friedens. Wenn wir uns heute schon mit Deutschland wirtschaftlich festlegen, so würde dies die Feinde zweifellos nur zur weiteren Fortsetzung des Krieges veranlassen. Wir haben auch sonst kein Interesse, uns während des Krieges Deutschland wirtschaftlich anzu schließen. Was nach dem Kriege geschehen soll, darüber können wir später entscheiden. Nur eine einzige Frage erhebt sich heute eine Stellungnahme: die Balkanfrage. Wir müssen schon jetzt daran schreiten, unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Balkan zu sichern. Dazu ist eine Ergänzung und Vermehrung unserer Donauhandelsflotte dringend notwendig. Was die polnische Frage angeht, so sei es geradezu maßgebend, daß diese Wien völlig aus der Hand genommen worden sei und nun lediglich in und von Berlin geregelt werde. Die Aufstellung der polnischen Armee sei proklamiert worden, es werde aber alles aufgeschoben, damit nur ja kein selbständiges polnisches Heer zustande komme. Es gebe Regionen, über diese seien alles eher als eine reguläre Armee, so sehr sie sich auch angeschlossen und so vielversprechend sie sich auch gestaltet haben. Infolge der deutschen Instruktionen sei die Rekrutierung völlig erfolglos, denn die Polen wollen herzlich gern an unserer Seite mitkämpfen, aber auch nur an unserer Seite. Den Polen sei die Führung des dreifachen polnischen Wappens — bis auf den weißen Adler — verboten worden. Zwischen den Gouvernements Lublin und Warschau sollen sogar schon Jostschranken errichtet worden sein. (So links.) Ferner fragt Redner, warum es unter den drei österreichischen Kommissaren Polens keinen Ungar gebe, da doch bekanntlich die Polen gerade in den Breußen, Rußen und Österreichern die Anfeindung ihres einstigen Königreiches sehen. Was die Frage der Beamten angeht, so erblicke Redner einen großen Fortschritt darin, daß die Pragmatik aller Kategorien von Angestellten endlich unifiziert und auf einheitliche Basis gebracht sei, auch begreife er die Kriegszulagen der Hinterbliebenen, ohne die es bei der maßlosen Teuerung geradezu zu einer Katastrophe kommen müßte. Nach einer Parallele der materiellen Lage des Militärs und der Beamten kommt Redner auf die Frage der Jenseit zu sprechen und sagt, die Regierung scheine mit der österreichischen etwas wie ein Kartell geschlossen zu haben, denn über die Verhandlungen des ungarischen Abgeordnetenhauses dürfe in Wien nur erscheinen, was offiziell übermittelt wird. Redner gibt dem Wunsch wiederholt Ausdruck, dem ungarischen Parlament möge es gegönnt werden, an den gemeinsamen Kriegsmünister hier im Hause Fragen richten zu können. Ferner lenkt der Redner die Aufmerksamkeit der Regierung auf die ihm aus guter Quelle bekannte angebliche Absicht der österreichischen Regierung, nach dem Kriege den österreichischen Export nach Holland zu dirigieren. Die Bank, mit deren Hilfe dieser Export abgewandelt werden solle, ist jene Wiener Allgemeine Depositenbank, über deren Vermögenslage die Zeitungen in jüngster Zeit sonderbar Erbauliches zu berichten wußten. Die in letzter Zeit vorgekommenen Fälle von Inkompatibilität bedauert Redner aufrichtig und fordert striktere Einhaltung des Inkompatibilitätsgesetzes. In Bezug auf die vorgestrichen Erklärungen des Ministerpräsidenten bezüglich des Wahlrechts widerspricht der Redner diesen auf das entschiedenste als ungenügend und überholt und sagt, es erscheine als eine Unmöglichkeit, daß der providentielle Staatsmann die Träger des Karl-Truppen-Kreuzes aus den Hallen der Konstitution vertriebe. (Zustimmung links.)

Präsident teilt mit, daß Abgeordneter Johann Lóth einen Antrag unterbreitet hat, demzufolge die Beratungen des Abgeordnetenhauses in Zukunft von 8 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends dauern sollen. (Beifall links.) Ueber den Antrag wird geschäftsordnungsgemäß am Schluß der nächsten Sitzung ohne Debatte in einfacher Abstimmung entschieden werden. (Rufe links: Wir bitten um eine Pause!) Folgt der nächste Redner! (Rufe links: Rufe links: Wir hören zu! Dorthin unterhält man sich!)

Abgeordneter Stefan Szabó (Jánosy):

Die Regierung erschäke in jeder Aktion der Opposition einen persönlichen Angriff, der gegen die Regierung und die Mitglieder der Mehrheit gerichtet ist. Man empöre sich, weil die Opposition auch die alten Fehler der Regierung und die Inkompatibilität jetzt zur Sprache bringe. Die Handlungen der Regierung bilden ebenso wenig eine persönliche Angelegenheit, wie die Inkompatibilität der Abgeordneten. Die Regierung und die Mehrheit haben während des Krieges nichts getan, um die Parteigegensätze zu mildern. Im Gegenteil, sie sind noch immer befeuert, in Wien die Opposition als Rebellen hinzustellen und zu diskreditieren. (Heiterkeit rechts.) Die Wahl des stellvertretenden Präsidenten war nur dazu geeignet, die Parteigegensätze zu vergrößern. Redner beantragt, die Art, in der die Regierung die Ausgleichsverhandlungen leitet, und tritt für das selbständige Zollgebiet und die Errichtung des selbständigen ungarischen Nationalheeres ein. Die Regierung beruhe sich gern gegenüber der Opposition auf Liberalismus und Demokratie. Dennoch wollen die Regierung und die Mehrheit nicht einmal denjenigen das Wahlrecht einräumen, die für das Vaterland gebüht haben. Den Bericht nimmt Redner nicht zur Kenntnis. (Beifall links.)

Abgeordneter Graf Béla Serényi

bedauert, daß alle wichtigen Fragen hier im Plenum des Abgeordnetenhauses verhandelt werden müssen, trotzdem es in allen Parlamenten der Welt üblich sei, gewisse heikle, hochwichtige Fragen in kleinen Ausschüssen zu erörtern. Aus diesem Gesichtspunkte kann der Umstand, daß die Delegationen nicht zusammentreten können, für das Land verhängnisvoll werden. Wir müßten Organe haben, wie sie Deutschland im Haushaltsausschuß und im Hauptausschuß des Reichstages besitzt, die mit der Regierung in beständiger Verbindung sind. Es geht nicht an, daß wir über die Kosten, die Ungarn tragen wird, nicht informiert werden, und daß wir auf Vermutungen angewiesen sind, deren Grundlage die veröffentlichten Berichte der österreichischen Staatsschuldenkontrollkommission bilden.

Seit seinem Austritt aus der Mehrheitspartei verdichtet sich seine damalige Überzeugung, daß hier bei Kriegsausbruch alle Kräfte vereint hätten werden sollen, zur Gewissheit; keiner der kriegführenden Staaten zeigt das Wild offensiver Tätigkeit der parlamentarischen Opposition und der Defensiv der Regierung und ihrer Partei, Ungarn steht in diesem Belange allein. Im Interesse des Landes ist es geboten, wenn möglich noch während des Krieges, unbedingt aber nach dem Kriege eine Konzentration zu schaffen, in der alle verfügbaren Kräfte herangezogen werden, um jene großen Aufgaben, die nach dem Kriege einer Sanierung harren, zu bewältigen.

Ueber die jetzt so viel erörterten Inkompatibilitätsangelegenheiten habe Redner eine eigene Ansicht; man solle

das gültige Gesetz noch mit einer Straffanktion versehen, damit intervenierende Abgeordnete, ebenso wie ihre Anführer und diejenigen, die der Vermittlung zugänglich sind, ihre Strafe finden. (Bewegung. Zustimmung links.) Allein es wäre gründlich verfehlt, wenn man alle produktiven Kräfte dem Parlament fernhalten wollte, auf deren Hochentwurf das Land angewiesen ist. Ein Ausweg wäre zu finden, nämlich daß die öffentlich-rechtlichen Unternehmungen, an denen auch Abgeordnete beteiligt sind, selbst dann keine Inkompatibilität für diese schaffen sollen, wenn diese auf Vermittler keinesfalls angewiesenen Unternehmen in Geschäftsverbindung mit dem Staate treten.

Es sei nicht richtig, daß das Gesetz über die Vereinerung des Andenkens der Soldaten, so „platonisch“ ist, Redner hätte ein Versprechen für die heimkehrenden Soldaten erwartet, das Versprechen, daß ihre soziale Lage gesichert wird. Die Wahlrechtsreform könne jedoch mit diesem Entwurf der Wahl nicht verknüpft werden. (Zustimmung rechts.) Es gibt Anhänger des konstitutionalen und des radikalen Wahlrechts auf beiden Seiten des Hauses (Bewegung), wenn sie ihre Stimmen wegen der Parteidisziplin auch nicht erheben. (Widerpruch) Redner selbst ist für die Ausdehnung des Stimmrechtes. Die Soldaten an der Front haben übrigens nur für zwei Dinge Interesse: erstens ob ihre Familienmitglieder in Sicherheit leben, zweitens ob sie selbst, wenn sie heimkehren, ihre Existenzbedingungen finden werden. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Heimkehrenden hier Zustände finden, die zu der Erkenntnis bringen, daß es wert war, ihr Leben für dieses Land einzusetzen.

Redner polemisiert sodann gegen den Standpunkt, daß Ungarns Landwirtschaft nicht mehr gehoben werden könne. Seiner Meinung nach liegt die Zukunft unser Landwirtschaft in der extensiven Bearbeitung des Bodens und in der Schaffung zahlreicher Kleingrundbesitze. Diese kleinen Grundbesitze, die zweckmäßig an den Peripherien der Kulturländer errichtet werden könnten, würden ihren Besitzern auch dazu Gelegenheit geben, als Beteiligte den angrenzenden Streifen des Großgrundbesitzes mit ihren eigenen Arbeitskräften zu bestellen. Die richtige An siedlungs politik, die man nach dem Kriege initiieren muß, soll national und sozial sein, sie muß aber auch den Interessen der Mehrproduktion dienen.

Nach einigen Bemerkungen über die Notwendigkeit der Dezentralisation der Administration und der Entlastung der Ministerien regt Redner den Gedanken an, ob man nicht an Stelle der Obersteinsinspektion eine Organisation setzen könnte, die die Mehrzahl der weniger wichtigen administrativen Angelegenheiten, etwa wie die österreichischen Stadthaltereien, im eigenen Wirkungskreise erledigen müßte. Der heutige Zustand in der Komitatsverwaltung ist unhaltbar.

Was die Kohlenfrage angeht, sei es ein großer Fehler, daß bei Errichtung von Zentralen die Ware sofort verschwindet. Die überwiegende große Mehrheit der Produktion an Kohle liegt im Südosten des Landes und sei jetzt seit dem Rumänieneintritt gefährdet; ein Beweis, daß es gefährlich sei, mit großen konzentrierten Industrien zu arbeiten, denn von allem anderen abgesehen, richte dies die Montanindustrie zugrunde. Die Industrie mußte in Ungarn ohne Subvention betrieben werden. Ohne Kartell werde es nach dem Kriege in Ungarn keine Industrie geben. Wohl gebe es Leute, die das Daseinsbedürfnis des kleinen Mannes in Abrede stellen; eben darum müsse ein rechtshames Kartellgesetz geschaffen werden, um auch die kleinen Existenzen zu schützen.

Es sei von größter Wichtigkeit, daß wir nach dem Kriege mehr produzieren, um die Zinsen unserer Schulden zahlen zu können. Redner vertritt auf die Bilanz des Landes, das aus diesem Kriege geschwächt, aber ungebrochen hervorgeht. Redner ist der Überzeugung, daß die heutige Situation mit Verstand und Herz glücklich zu lösen wäre. Den Bericht der Regierung nimmt Redner nicht zur Kenntnis. (Zustimmung links.)

Präsident suspendiert die Sitzung auf fünf Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird die Debatte abgebrochen.

Der Tagesordnungsantrag des Präsidenten wird angenommen.

Es folgen die Interpellationen.

Die Kohlenfrage.

Graf Michael Áróh

weist auf die Interpellation hin, die der Abgeordnete Wilhelm Elmegg in der Kohlenfrage im Monat Januar an den Handelsminister gerichtet hat. Der Minister habe in seiner Antwort erklärt, er werde alles tun, daß in der Hauptstadt kein Kohlenmangel entstehe und daß namentlich die Gaswerke mit genügender Kohle versehen sein sollen. Seither haben sich die Zustände bedeutend verschlechtert. Wer trägt die Schuld? Bineffizient in erster Reihe die schlechte Organisation. Doch wer ist dafür verantwortlich? Die Regierung oder ein anderes Organ? Aus den Berichten über die gestrige Sitzung des Finanzausschusses der Hauptstadt geht hervor, daß in der Hauptstadt große Kohlennot herrsche und daß auch der Weiterbetrieb der Gaswerke gefährdet ist. Redner habe auf privatem Wege erfahren, daß die hauptstädtischen Gaswerke nur über 800 bis 1000 Waggons Kohle verfügen, jedoch in Unbetracht des Umstandes, daß der tägliche Verbrauch der Gaswerke 120 Waggons beträgt, die Gefahr besteht, daß die Gaswerke in fünf bis sechs Tagen ihren Betrieb einstellen werden müssen. Redner habe erfahren, daß dreihundert Waggons Kohle unterwegs nach Budapest war; doch sei dieser Transport nie nach Budapest gekommen; wahrscheinlich sei es unterwegs requiriert worden. Die Beleuchtung der Hauptstadt sei infolge der vollständig unzulänglichen täglichen Zufuhr ernstlich bedroht. Man darf auch daran nicht vergessen, daß sich die in der Hauptstadt befindlichen Munitionsfabriken des Gases bedürfen; jedoch es nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch der Kriegführung liegt, den unhaltbaren Zuständen dringend ein Ende zu machen. Auch das Erscheinen der Zeitungen würde in Frage gestellt und auch die Spitäler könnten nicht erhalten werden, wenn die Gaswerke ihren Betrieb einstellen. Warum behandelt die Regierung diese wichtigste Frage so? Weshalb hat sie nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, damit die Hauptstadt des Landes solchen Gefahren nicht ausgesetzt sei? Redner unterbreitet folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten:

„Ist der Herr Ministerpräsident geneigt, alle Akten und Daten dem Abgeordnetenhaus zu unterbreiten, aus denen festgestellt werden kann, wen die Verantwortung für die durch den Kohlenmangel verursachte Störung im Betrieb der Gasfabriken trifft?“

Ist die Regierung geneigt, für eine entsprechende Abmildung zu sorgen, wenn aus den Akten hervorgehen sollte, daß die Verantwortung die Zentraltransportleitung belastet? (Lebhafter Beifall links.)